



Ursprung: Antrag, Die Fraktion DIE LINKE

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
15.02.2017	Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg von Berlin

Antrag
Die Fraktion DIE LINKE

Drucks. Nr: 0104/XX

Erhalt des Nachbarschaftszentrums Lichtenrade

Die Bezirksverordnetenversammlung wolle beschließen:

Die BVV ersucht das Bezirksamt das Nachbarschaftszentrum, mit anerkanntem Träger der Jugendhilfe in der Finchleystraße 11, das ab 2018 nicht mehr gesichert ist, weiterhin, mit einem langfristigen Mietvertrag in dem ohnehin bezirkseigenen Gebäude zu erhalten, damit auch Drittmittel beantragt werden können.

Begründung:

Ohne Not steht eine Schließung, der viel genutzten und gerade in dieser Siedlung notwendige Einrichtung, bei der das Bezirksamt schon die Personalkosten spart, bevor. Die Zielgruppen sind: Kinder, einsame Menschen, ältere Menschen, Alleinerziehende und Menschen in finanziellen Engpässen. Neben der Suppenküche, mit der diese Einrichtung 2005 die ehrenamtliche Arbeit vor Ort angefangen hat, gibt es eine Vielzahl an Projekten. Sowohl im Freizeitbereich, wie Kulturabende, als auch eine Kooperation mit dem Georg-Büchner-Gymnasium im Rahmen des Ethikunterrichts, mit Schulpraktika, Sprachkursen, Bewerbungstrainings. Aber auch Resozialisierungs-Maßnahmen für Jugendliche und Erwachsene werden durchgeführt. So wie Präventionsarbeit in Kooperation mit verschiedenen Diversionsbüros aus Berlin. Das alles läuft ehrenamtlich und auf Basis vieler Spenden, so wie auch 2008 die Renovierung und der Umzug ins Nachbarschaftszentrum mit großküchentauglicher Ausstattung. Angeboten wird auch eine Rechts.- und Rentenberatung, sowie Hilfe für Flüchtlinge und geplant ist u.a. eine kostenlose Hausaufgabenhilfe. Ein langfristiger Mietvertrag wird benötigt damit auch Drittmittel, für die Weiterführung der Einrichtung, beantragt werden können. Die wichtige ehrenamtliche Arbeit in einem Gebiet mit hoher Jugendkriminalität und einem Großteil vieler ärmerer Menschen wäre bei einer Schließung der Einrichtung ein schwerer Fehler. Entgegen dem Werben des Bezirksamts, das ehrenamtliche Arbeit fördert, wäre dies in jeder Hinsicht kontraproduktiv.

Berlin, den 07.02.2017

Frau Wissel, Elisabeth

Die Fraktion DIE LINKE

Abstimmungsergebnis:

beschlossen:	abgelehnt:	überwiesen:
--------------	------------	-------------

